



Hamburg, 15. November 2016

## **„Die Diskussion ist schon lange deutlich weiter“**

### **Modellflieger weisen erneuten Vorstoß der DFS Deutsche Flugsicherung zurück**

Es ist ein merkwürdiges Signal, das die DFS Deutsche Flugsicherung GmbH aussendet. Fünf Wochen, nachdem das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) den Referentenentwurf für die Novellierung der Luftverkehrsordnung vorgelegt hat, mit der vor allem die zivile Nutzung von Multikoptern („Drohnen“) neu geregelt werden soll, bemüht man sich bei der DFS, die Zeit zurück zu drehen. Und stellt sich damit aktiv gegen die Pläne des BMVI. Ein bemerkenswerter Vorgang. Schließlich befindet sich die DFS zu 100 Prozent im Besitz des Bundes - und ist direkt dem für die geforderten Vorschriften zuständigen Ministerium unterstellt.

Nach dem Willen des Vorsitzenden der DFS-Geschäftsführung, Prof. Klaus-Dieter Scheurle, sollten ein Drohnenführerschein für alle und eine zentrale Registrierung sämtlicher Drohnen ab 250 Gramm Abfluggewicht eingeführt werden. Forderungen, die man beim Deutschen Modellflieger Verband (DMFV), der mit mehr als 88.000 Mitgliedern größten Interessenvertretung ihrer Art in Europa, mit Kopfschütteln zur Kenntnis nimmt. „Im Referentenentwurf zur neuen Luftverkehrsordnung hat das BMVI eindeutig Position bezogen und den altbekannten Forderungen der DFS nach Führerschein und Registrierung privat genutzter Flugmodelle eine Absage erteilt“, bringt es DMFV-Präsident Hans Schwägerl auf den Punkt. Aus Sicht des Gesetzgebers sind eine Kennzeichnungspflicht für Modelle ab 250 Gramm sowie eine individuelle Bescheinigung („Kenntnisnachweis“) des Piloten ausreichend, um die Sicherheitsinteressen der Gesellschaft sowie die Belange des Modellflugs in Einklang zu bringen.

„Nicht zuletzt aufgrund der traditionell hervorragenden Sicherheitsbilanz der zum Zwecke von Sport und Freizeit betriebenen Flugmodelle, zu denen eben auch privat genutzte Multikopter („Drohnen“) zählen, konnten wir in den vergangenen Monate mit unseren Argumenten überzeugen“, führt Hans Schwägerl weiter aus. „Die Diskussion ist schon lange deutlich weiter. Es drängt sich daher der Verdacht auf, dass hier noch ganz andere Interessen eine Rolle spielen, als öffentlich geäußert wird.“ Schon im Juni dieses Jahres hatte die DFS mit der Forderung für Aufsehen gesorgt, man müsse unbemannte Luftfahrzeuge bei einer Neuordnung des Luftraums als wirtschaftlichen Faktor begreifen. Gleichzeitig kündigte DFS-Geschäftsführer Klaus-Dieter Scheurle damals an, die DFS auch als Schulungs-Einrichtung für Drohnen-Piloten positionieren zu wollen. „Nach wie vor gilt daher, dass solcherlei sachfremde Erwägungen nicht massiv das Privatleben unbescholtener Bürger beeinträchtigen sowie eine wichtige Innovations- und Nachwuchsquelle des Luftfahrtstandorts Deutschland beschädigen dürfen“, stellt DMFV-Präsident Hans Schwägerl klar.